



# **Registerstelle Tempelhof-Schöneberg**

## **zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle**

### **Jahresbericht 2018**

#### **Was ist ein Register?**

Register dokumentieren und erfassen rassistische, antisemitische, LGBTIQ-feindliche\*, extrem rechte, rechtspopulistische und andere diskriminierend motivierte Vorfälle, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger\*innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Stadt verteilt sind, gemeldet und an die bezirklichen Koordinierungsstellen weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht.

Ziel der Register ist nicht nur die Dokumentation und Analyse von rechtsextremen Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zur Kriminalstatistik der Polizei beziehen die Register deshalb auch Vorfälle in die Dokumentation ein, die keine Straftaten sind oder nicht angezeigt wurden. Dabei können nur die Vorfälle in die Auswertung einbezogen werden, die den Registern zur Kenntnis gelangen. Von einer Dunkelziffer an Vorfällen ist grundsätzlich auszugehen.

#### **Auswertung der Vorfälle**

Um die erhobenen Daten sinnvoll aufnehmen und auswerten zu können, wird jeder Vorfall inhaltlichen Kategorien zugeordnet. Neben dem „Ort“ werden die Vorfälle nach „Art“ und einer „inhaltlichen Zuordnung“ sortiert. Jeder Vorfall wird nur einer Kategorie zugeordnet.

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg wurden im Jahr 2018 insgesamt 93 Vorfälle erfasst. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 7 Meldungen weniger. Lokale Schwerpunkte bilden die Ortsteile Schöneberg-Nord (27) und Tempelhof (23). Ein deutlicher Rückgang ist im Ortsteil Friedenau zu verzeichnen (2018:5, 2017:22). Bei dem überwiegenden Teil der Vorfälle handelt es sich um Propagandaaktivitäten (48). Inhaltliche Schwerpunkte bilden der Themenbereich Rassismus (19) und Vorfälle, die den Nationalsozialismus verharmlosen bzw. verherrlichen (19).

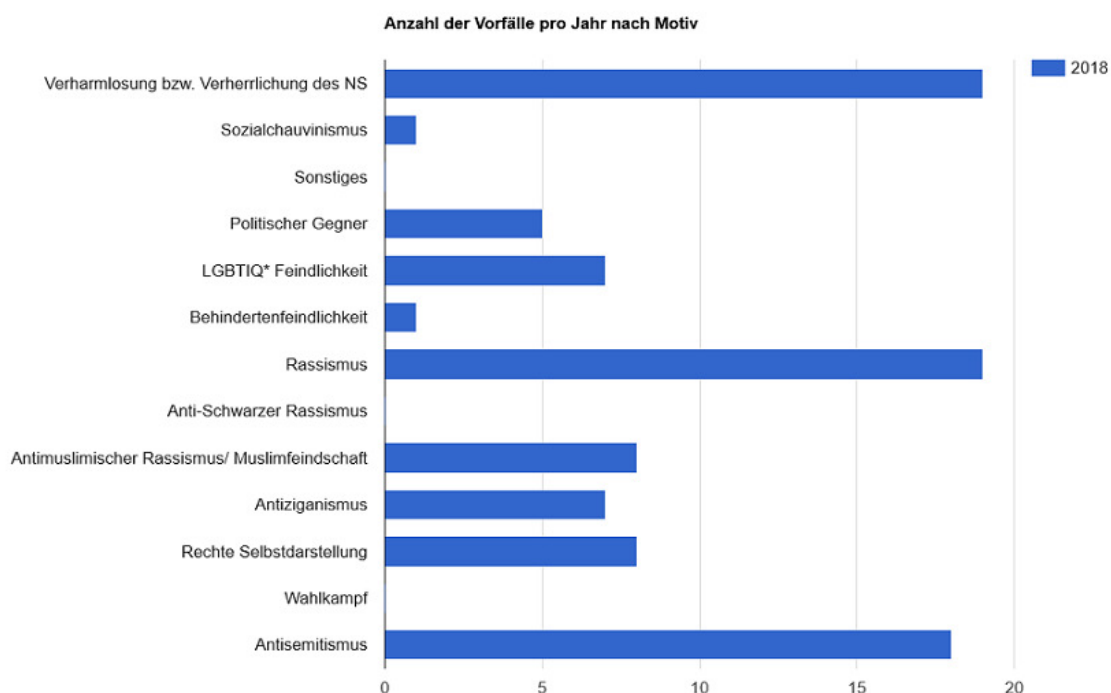
\* Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen richten. LGBTIQ steht für Lesbian-Gay-Bi-Inter-Queer.

## Motive

Die Verherrlichung bzw. Verharmlosung des Nationalsozialismus (19) durch geschmierte Hakenkreuze und andere NS-Symbole war zusammen mit Rassismus (19) das häufigste Motiv. Werden noch die Vorfälle hinzugezogen, die antimuslimisch oder antiziganistisch motiviert waren, steht der Themenbereich Rassismus wie auch im Berliner Vergleich an erster Stelle (34).

Häufiger als in den Jahren zuvor wurden Ereignisse mit der Motivlage Antisemitismus dokumentiert (2018: 18, 2017:14, 2016:11), obwohl die Gesamtzahl der registrierten Vorfälle gesunken ist (2018: 97, 2017:100, 2016:119). Dies lässt sich u.a. damit erklären, dass eine Professionalisierung der Recherche durch bessere Meldestrukturen bei der Recherche - und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) stattgefunden hat.

Im Themenbereich Rechte Selbstdarstellung (2018:8, 2017:21) und LGBTIQ\*-Feindlichkeit (2018:7, 2017:16) sanken die Zahlen.

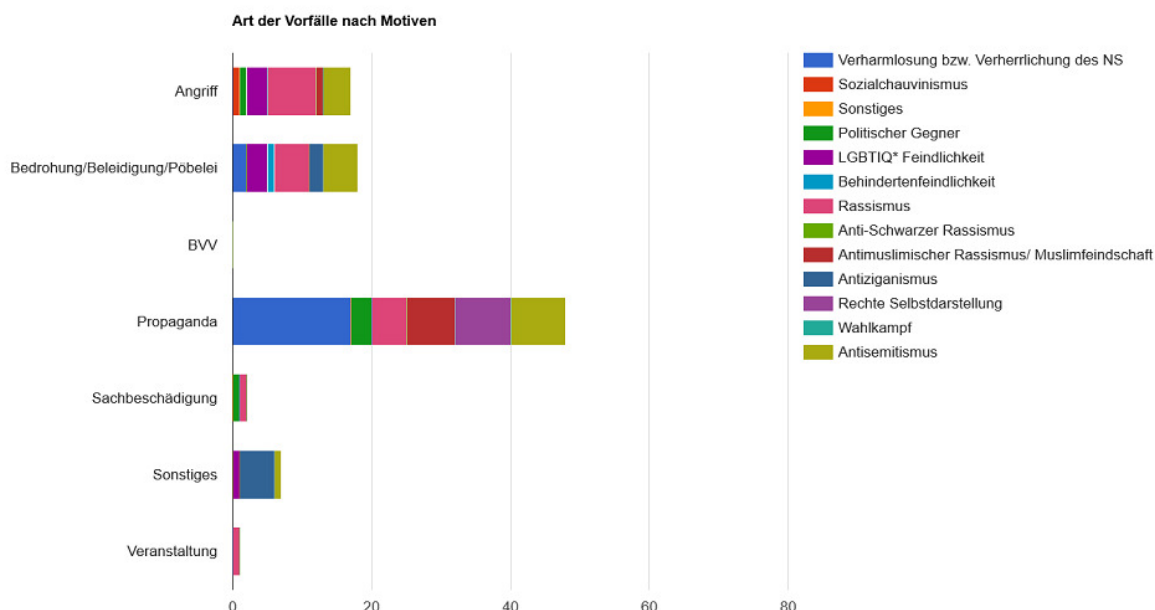


## Art der Vorfälle

Wie auch in den Vorjahren handelt es sich bei dem überwiegenden Teil der in 2018 registrierten Vorfälle um Propagandaaktivitäten (48). Darunter werden Aufkleber, Sprühereien, Transparente, Plakate und Flugblätter mit rechtsextremen Inhalten gefasst. Häufig diente die Propaganda der Verharmlosung / Verherrlichung des Nationalsozialismus (17). Es waren aber auch mehrere Vorfälle vertreten, die der rechten Selbstdarstellung dienten (8) oder antisemitisch motiviert waren (8).

Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien nahmen in 2018 im Vergleich zum Vorjahr geringfügig ab (2018:18, 2017:21). Die vorherrschenden Motive innerhalb dieser Vorfälle waren Rassismus (7) und Antisemitismus (5). Die Anzahl der dokumentierten Angriffe blieb in etwa konstant (2018:17, 2017:18). In acht Fällen wurden die Betroffenen aus rassistischer Motivation heraus angegriffen. Es wurden aber auch vier Vorfälle mit antisemitischer und drei Vorfälle mit LGBTIQ\*-feindlicher Motivlage dokumentiert. In einem Fall richtete sich die Gewalt gegen drei obdachlose Männer, die getreten und geschlagen wurden. In einem weiteren Fall wurde ein junger Mann angegriffen, nachdem er einen anderen Mann auf die rechte Symbolik seiner Tätowierung angesprochen hatte.

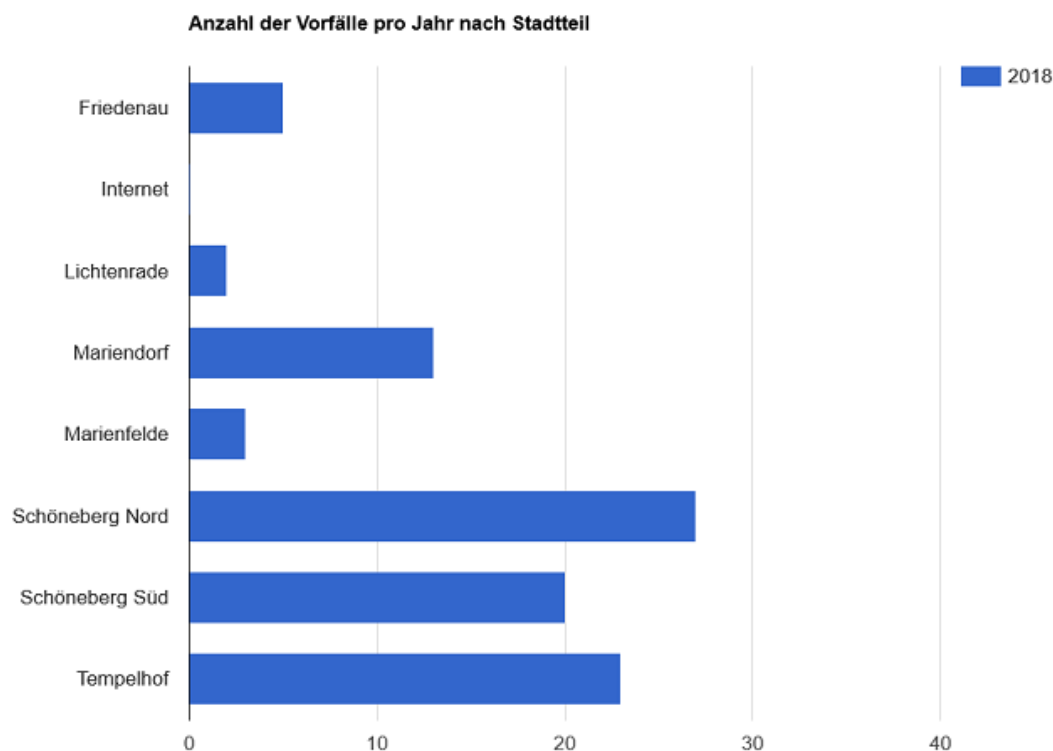
Sieben Vorfälle wurden unter Sonstiges kategorisiert. Dazu zählen fünf Vorfälle von antiziganistischer Behördendiskriminierung, ein Fall von LGBTIQ\*-feindlicher Diskriminierung, sowie Äußerungen antisemitischer Verschwörungsmymen durch einen Taxifahrer.



## Ortsteile

Wenn aus einer Region mehr oder weniger Meldungen eingehen, kann das unterschiedliche Gründe haben. Die Anzahl an Meldungen ist von verschiedenen Faktoren abhängig:

1. von der Einbindung des Registers in lokale Netzwerke,
2. vom Grad der Sensibilisierung dieser Netzwerke für Ausgrenzung und Diskriminierung,
3. von der personellen Ausstattung und Ansprechbarkeit der Registerstelle und
4. von tatsächlich stattfindenden Vorfällen, die zufällig beobachtet werden.



Wie schon im Vorjahr bildete Schöneberg Nord einen lokalen Schwerpunkt (27), wo sich insbesondere Angriffe (9) und Beleidigungen / Pöbeleien (7) häuften. Ebenfalls auffällig war der Ortsteil Tempelhof. Hier stiegen die Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr an (2018:23, 2017:14). Auffällig ist ein Rückgang der Vorfälle in Friedenau (2018: 5, 2017:22), aber auch in Mariendorf sanken die Vorfälle (2018: 13, 2017:17). In Marienfelde und Lichtenrade lag die Zahl mit insgesamt 5 erfassten Vorfällen weiterhin auf einem niedrigen Niveau.



Beobachtete oder selbst erlebte Vorfälle, die sich im Bezirk Tempelhof-Schöneberg ereignen, melden Sie bitte direkt unter:

**tempelhof-schoeneberg@berliner-register.de**

oder rufen Sie an: **+49 (0) 157 374 508 19**

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms "Demokratie. Vielfalt. Respekt. in Berlin" der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.

In Trägerschaft von: Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der UFA-Fabrik e.V.



Senatsverwaltung  
für Justiz, Verbraucherschutz  
und Antidiskriminierung



Demokratie.  
Vielfalt. Respekt.  
In Berlin.

Das Landesprogramm